

Sperrfrist: 01.11.2013, 12 Uhr
Nr. 4/2013

Butzbach, 01.11.2013

Landesverband Hessen
Notisweg 59
D-64342 Seeheim-Jugenheim

V.i.S.d.P.:
Birgit Kannegießer

Telefon 06257/9440680
Mobil: 0174/9854787
Telefax 06257/9440684
Vorsitzende@bsbd-hessen.de
www.bsbd-hessen.de

Falsche Personalbemessung und unbesetzte Stellen gefährden Arbeit im hessischen Justizvollzug

BSBD-Gewerkschaftstag kritisiert die Einsparpläne im Personalsektor/Bedienstete des Vollzugs dürfen nicht zu Wärtern und Schließern degradiert oder auf die Rolle des Sägezahns am Stuhl des Ministers reduziert werden.

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Hessen kritisierte im Rahmen seines 56. Gewerkschaftstag massiv die Einsparpläne der hessischen Landesregierung, die mehr als 80 Stellen im hessischen Justizvollzug streichen will. BSBD-Landesvorsitzende Birgit Kannegießer setzte sich in ihrer Begrüßungsrede sehr deutlich für die Absenkung der Wochenarbeitszeit für die Beschäftigten ein, durch den hohen Krankenstand im hessischen Justizvollzug funktioniere die Dienstplanung nicht mehr, viele Positionen bleiben entweder unbesetzt, Personallöcher werden durch Auszubildende gestopft. Schon der Personalbedarf sei falsch berechnet. Das, so Kannegießer, dürfe nicht weiter auf dem Rücken der Bediensteten passieren, die in einzelnen Anstalten mittlerweile immer wieder Doppelschichten zu leisten haben. Das gefährdet Sicherheit und Behandlung jedoch massiv.

Landesvorsitzende Birgit Kannegießer appellierte sehr deutlich an die politisch Verantwortlichen, Organisation und Zusammenarbeit im Justizvollzug zu optimieren, um Sicherheit und Behandlung in den Vollzugsanstalten zu garantieren. Die Bediensteten dürfen nicht weiter reduziert werden auf die Rolle von Wärtern und Schließern oder auf die Rolle des Sägezahns am Stuhl des jeweiligen Justizministers. Die Bediensteten des Justizvollzugs müssen bei ihren schwierigen Aufgaben in jeder Weise gefördert und unterstützt werden, sie brauchen Rückendeckung von Ihren Vorgesetzten, so Kannegießer in ihrer Schilderung der aktuellen Lage im hessischen Justizvollzug. Die Absenkung der Wochenarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten sei überfällig, die Anhebung von Erschwerniszulagen stehe dringend an.

Statt der Finanzierung von Zahlenakrobaten und Finanzjongleuren (Berater und Controller) zu Lasten der öffentlichen Verwaltung und des Justizvollzugs forderte BSBD-Landesvorsitzende Kannegießer von den für den Justizvollzug Verantwortlichen, die Arbeitskraft und die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzugs u.a. zu nutzen für die Schaffung von Arbeitsplätzen für Gefangenen als einziger Chance für diese, sich aus dem Sumpf der Rückfälligkeit nachhaltig zu befreien.

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) ist mit rund 25.000 Mitgliedern - Beamte/innen und Tarifbeschäftigte aus allen Laufbahnbereichen - die größte gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten im deutschen Justizvollzug. Der BSBD-Hessen vertritt die Interessen der 3.030 hessischen Strafvollzugsbediensteten des Landes.

pressediens